



Niedersachsen auf Kurs

16. Wahlperiode 2008–2013

Eine Zwischenbilanz



Niedersachsen



Haushalt und Finanzen

In den Jahren 2003 bis 2008 hat die CDU/FDP-Landesregierung die Nettoneuverschuldung durch entschlossene Haushaltskonsolidierung von rd. 3 Mrd. Euro auf nur noch 550 Mio. Euro zurückgeführt. Einsparungen von etwa 1,6 Mrd. Euro wirken aus dieser Zeit dauerhaft fort. Eine ganz erhebliche Leistung, da die Ausgaben des Landes in sehr starkem Maße gebunden sind. Ein Erfolg, der auch vom Landesrechnungshof ausdrücklich anerkannt wurde. Die Landesregierung hat sich verpflichtet, diesen erfolgreichen Konsolidierungskurs in den nächsten Jahren konsequent fortzusetzen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen dramatisch verändert. So sank das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2009 bundesweit um rund 5 %. Diese Entwicklung ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel. Auch wenn Niedersachsen die Folgen der Krise besser als andere Länder bewältigen konnte, wurde eine Anhebung der Netto-Neuverschuldung zur Krisenbewältigung auf je 2,3 Mrd. Euro in den Jahren 2009 und 2010 erforderlich. Nur so konnte der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begegnet werden, um möglichst bald zu einer konjunkturellen Normallage zurückzufinden. Zusammen mit anderen konjunkturwirksamen Maßnahmen hat die „[Initiative Niedersachsen](#)“ einen wichtigen und erfolgreichen Beitrag geleistet. Die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate spricht dafür, dass der eingeschlagene Weg richtig gewesen ist.

Das Ziel, die seit Jahrzehnten andauernde stetige Netto-Neuverschuldung in Niedersachsen endgültig zu beenden, hat für die Niedersächsische Landesregierung niemals in Frage gestanden. Die Landesregierung hat daher im Jahre 2009 die Aufnahme eines [Verschuldungsverbot](#)es in das Grundgesetz nachdrücklich unterstützt und die notwendigen Beschlüsse mit getragen. Nur durch einen dauerhaften Verzicht auf zusätzliche neue Schulden ist es überhaupt möglich, zu der längst überfälligen, nachhaltigen und generationengerechten Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu kommen.

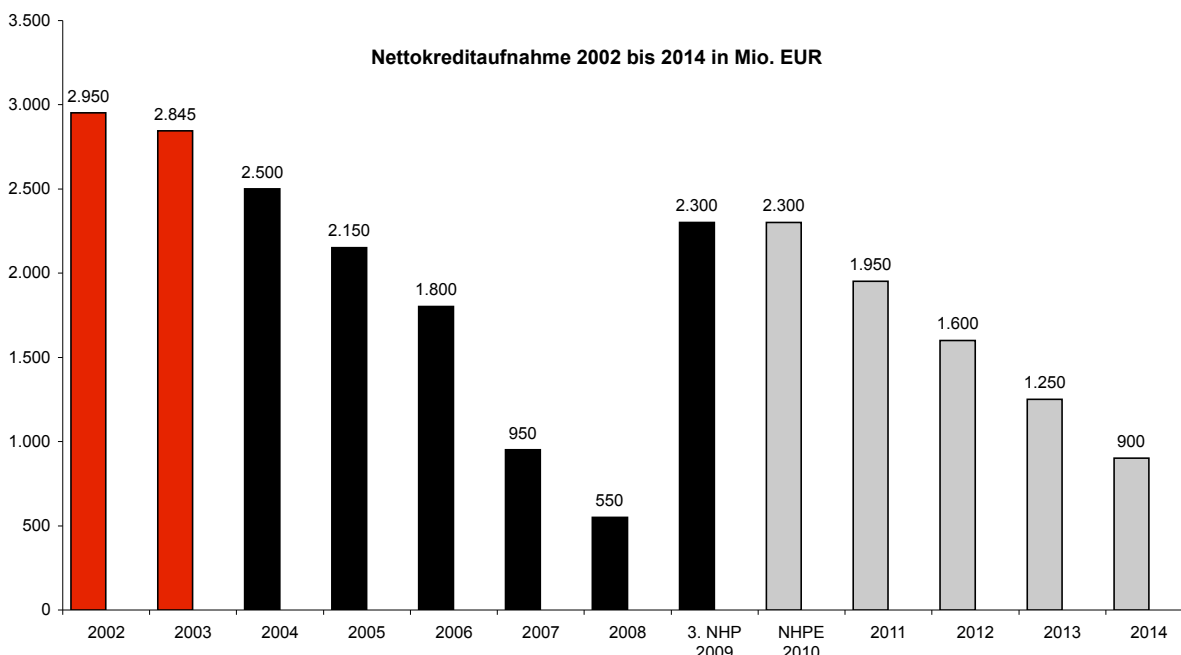
Dies ist auch wegen der demografischen Entwicklung von ganz besonderer Bedeutung.

Ab dem 1. Januar 2020 greift das im Grundgesetz festgeschriebene Verschuldungsverbot für die Länder. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden wir die Landesfinanzen so geordnet haben, dass wir ohne neue Schulden auskommen.

Sowohl der Haushaltsplanentwurf für 2011 als auch die Finanz- und Aufgabenplanung bis 2014 sehen deshalb wieder eine kontinuierliche Rückführung der Neuverschuldung vor.

■ Weitere Informationen:

- > [Zweiter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen:](#)
- > [Informationen zum Haushaltsplanentwurf 2011](#)





Integration

Niedersachsen ist ein weltoffenes Land. Menschen aus anderen Ländern sind hier willkommen. Für uns ist Integration erst dann gelungen, wenn Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens angekommen sind. Dies zu erreichen, ist Ziel der Politik der Landesregierung. Niedersachsen setzt die Schwerpunkte seiner Integrationspolitik in den Bereichen Spracherwerb, Bildung und Arbeit:

- ▶ Die erfolgreiche vorschulische [Sprachförderung](#) wird fortgesetzt.
- ▶ Migranteneltern werden über die Bedeutung früher [Bildung](#) ihrer Kinder informiert.
- ▶ Mit dem Programm [„Migrantinnen in Niedersachsen – Integration gestalten“](#) leistet das Land im Zusammenwirken mit kommunalen Gleichstellungsbeauftragten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der geschlechtergerechten Integration von Frauen vor Ort.
- ▶ Kinder und Jugendliche werden in der Schule durch spezifische Maßnahmen gefördert.
- ▶ Jugendliche werden beim Übergang von der Schule in den Beruf gezielt unterstützt. An sieben Standorten in Niedersachsen werden Jugendliche der letzten Jahrgänge aus Haupt- oder Realschulen im Rahmen des Projekts „Chancen nutzen – Perspektiven schaffen“ über einen Zeitraum von zwei Jahren in Ergänzung zum Regelunterricht und über den Schulabschluss hinaus gefördert. Sie erhalten Sprachförderungs- und Berufsorientierungsangebote mit Kompetenzfeststellung.
- ▶ Für den Polizei- und den Lehrerberuf sowie für die [Feuerwehr](#) wird konsequent auch um Jugendliche mit Migrationshintergrund geworben. So findet beispielsweise im November 2010 in Oldenburg der erste Schülercampus unter dem Motto [„Mehr Migranten werden Lehrer“](#) statt.



- ▶ Der Weg zur Anerkennung im Ausland erworbener Bildungs- und Berufsabschlüsse wird transparenter und effizienter gestaltet. Die Landesregierung hat einen [Orientierungsleitfaden](#) herausgegeben, der die Zuständigkeiten transparenter macht und den Betroffenen und Beteiligten eine Orientierung in Niedersachsen gibt.
 - ▶ Wir unterstützen die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft, des Gesundheitswesens und der Jugendfeuerwehr.
 - ▶ Die Landesregierung fördert die interkulturelle Kompetenz in Kindertagesstätten und Schulen. Dazu dient das Pilotprojekt „Interkulturelle Kompetenz für pädagogische Fachkräfte“ zur frühkindlichen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.
- Weitere Informationen:
- > [Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen](#)
 - > [Niedersächsischer Integrationspreis](#)
 - > [Kooperative Migrationsarbeit Niedersachsen](#)
 - > [Informationsportal „Integration in Niedersachsen“](#)



Demografie

Die Vielseitigkeit Niedersachsens zeigt sich auch beim demografischen Wandel:

In manchen Regionen ist der demografische Wandel schon weit fortgeschritten, während in anderen Regionen die Bevölkerung noch wächst.

So befindet sich im Südosten Niedersachsens die Region mit der niedrigsten Geburtenrate in Deutschland mit überdurchschnittlich vielen Älteren, im Nordwesten die Region mit der höchsten Geburtenrate in ganz Deutschland und einem sehr niedrigen Durchschnittsalter.

In allen Politikfeldern sind Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht worden, so z. B. der Krippenausbau zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Hochschulbefähigung nach zwölf Jahren, die Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag (LINGA).

Im Koordinierungskreis Demografischer Wandel erarbeitet die Landesregierung ein Handlungskonzept zum Umgang mit der demografischen Entwicklung. So wird die Landesregierung

- Niedersachsen noch familienfreundlicher gestalten,
- Bildung und Qualifizierung verbessern,
- das Beschäftigungspotenzial erhöhen,
- flexible Angebote für Menschen im ländlichen Raum ausbauen,
- noch mehr junge Menschen für die Pflegeberufe gewinnen,
- Kommunen bei einem demografiegerechten Umbau unterstützen,
- Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen und
- öffentliche Vorhaben auf ihre Demografieverträglichkeit überprüfen.

■ Weitere Informationen:

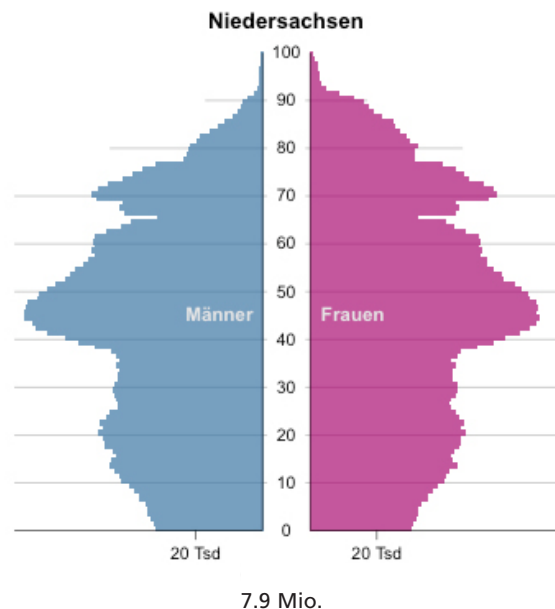
- > [Bericht der Enquete-Kommission \(LT-Drs. 15/3900\)](#)
- > [Gestaltung der Daseinsvorsorge im demografischen Wandel für das Gebiet der Regionalen Entwicklungskooperation Weserbergland plus \(NIW, Januar 2010\)](#)

> [Ohne uns geht es nicht – Seniorinnen und Senioren für Niedersachsen; Antwort der Landesregierung \(LT-Drs. 16/1404\)](#)

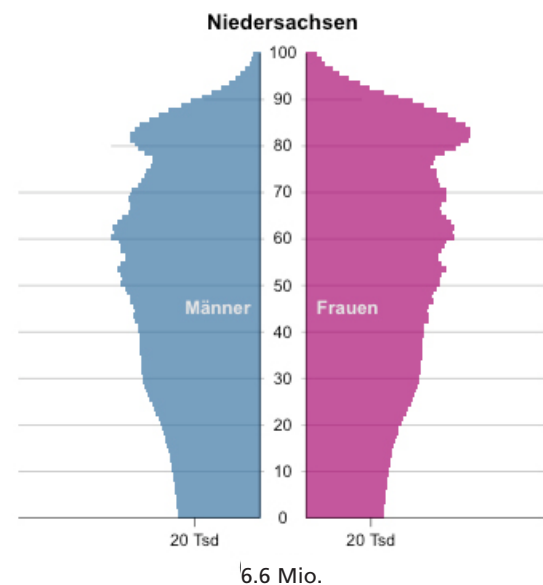
> [12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung](#)

> [Herausforderung Demografie, Strategien und Handlungsmöglichkeiten zur Sicherstellung einer flächendeckenden Schulversorgung](#)

Bevölkerung im Jahr 2010



Bevölkerung im Jahr 2050

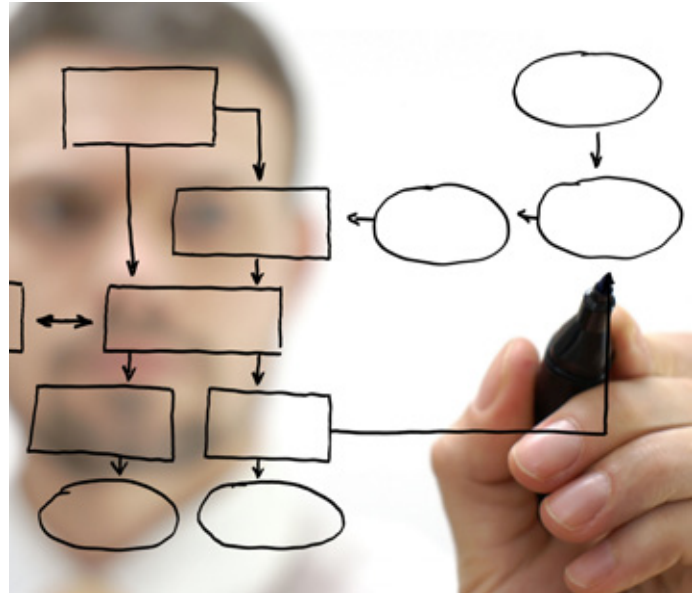


Verwaltungsmodernisierung

Das Land macht Ernst beim Thema schlanke Verwaltung: Nachdem wir seit 2003 bereits rund 7000 Stellen in der allgemeinen Landesverwaltung einsparen konnten, setzt die Landesregierung ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fort. In den Jahren 2011 bis 2015 werden in der allgemeinen Landesverwaltung noch einmal 1900 Stellen eingespart, was auch der demografischen Entwicklung Rechnung trägt. Der Landeshaushalt wird dadurch um knapp 80 Mio. Euro jährlich entlastet.

Mit Blick auf die Auswirkungen des demografischen Wandels wird die Verwaltungsmodernisierung zur Daueraufgabe. Es kommt verstärkt darauf an, die Landesverwaltung auf die Herausforderungen einer schrumpfenden und im Schnitt immer älter werdenden Bevölkerung vorzubereiten. Dieser Prozess hat nicht nur Einfluss auf die Nachwuchsgewinnung für den Landesdienst, sondern schlägt auch auf die [Aufbauorganisation der Landesverwaltung](#) unmittelbar durch.

Schon heute spüren die Schulen den deutlichen Rückgang der Zahl an Kindern und Jugendlichen. Unmittelbar vom demografischen Wandel betroffen ist auch die Vermessungs- und Katasterverwaltung: Nur noch wenige Kommunen in Niedersachsen weisen neue Baugebiete aus. Insgesamt wird die nachfrage-relevante Altersgruppe für den Bau von Eigenheimen in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren um rund ein Drittel zurückgehen. Mit der Bildung eines Landesamtes für Geoinformation, Liegenschaften und Landentwicklung (GLL) hat die Landesregierung reagiert und bereits jetzt eine langfristig tragfähige Struktur für eine auch aus Gründen des technischen Fortschritts kontinuierlich schrumpfende Fachverwaltung geschaffen.



Um einer zahlenmäßig kleiner werdenden Zahl von Kunden in Niedersachsen mittel- und langfristig ein möglichst flächendeckendes Netz von Dienstleistungen der Landesverwaltung anbieten zu können, wird es notwendig sein, neue Angebotsformen zu entwickeln. In Frage kommen dafür – so weit sie sich als wirtschaftlich und finanzierbar erweisen – Anwendungen im Rahmen des [eGovernment](#), aber auch Servicezentren, die ressortübergreifend ortsnahe notwendige Angebote vorhalten. Mehr denn je wird es künftig darauf ankommen, die Zusammenarbeit der Ministerien und ihrer nachgeordneten Behörden projektbezogen zu organisieren.

■ Weitere Informationen:

> [Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen](#)

Kommunen

- ▶ Die Zukunft des Landes liegt in seinen Kommunen.

Nur leistungsfähige Kommunen sind in der Lage, die ihnen obliegenden Angelegenheiten zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger in guter Qualität zu erledigen. Das Land Niedersachsen und die kommunalen Spitzenverbände haben im Dezember 2009 den Zukunftsvertrag für starke Kommunen unterzeichnet. Damit steht die bürgernahe Durchführung öffentlicher Aufgaben im Mittelpunkt. Weitere Aufgaben des Landes sollen auf die Kommunen übertragen werden. Außerdem wird die Möglichkeit einer kommunalen Entschuldung als zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Ausrichtung zahlreicher strukturschwacher Kommunen eröffnet.

- ▶ Die neue Kommunalverfassung stärkt die kommunale Selbstverwaltung.

Die Landesregierung will die ehrenamtliche Tätigkeit in den Kommunen stärken. Dazu hat sie einen [Entwurf für ein einheitliches Kommunalverfassungsgesetz](#) in den Landtag eingebracht. Alle gewählten Vertreter in den Kommunen, gleich ob im Rat, im Kreistag oder in der Regionsversammlung, sollen zukünftig nach einheitlichen Regelungen arbeiten können. Kommunale Vertretungen erhalten außerdem mehr Entscheidungskompetenzen. Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen wird damit noch interessanter.

- ▶ Konjunkturpaket II – ein voller Erfolg in Niedersachsen.

Mit der konsequenten Umsetzung des Konjunkturpakets II durch die Landesregierung haben sich Niedersachsen und seine Kommunen in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise gut behauptet. Die Kommunen können mit der Investitionspauschale zusätzliche Maßnahmen und nachhaltige Sanierungen vornehmen. Dabei sind zum 31. Juli 2010 bereits rund 637 Mio. Euro für laufende oder bereits abgeschlossene Vorhaben eingeplant oder ausgegeben worden. Die Investitionen lösen einen starken Impuls aus, mit dem die Konjunktur belebt worden ist.



- ▶ Die Landesregierung setzt sich für eine Gemeindefinanzreform ein.

Die kommunalen Haushalte hängen stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat tiefe Löcher in die kommunalen Haushalte gerissen. Die Landesregierung engagiert sich im Interesse der Kommunen stark in der von der Bundesregierung eingesetzten [Gemeindefinanzkommission](#), um zu erreichen, dass die kommunalen Einnahmen sich verstetigen sowie die kommunalen Ausgaben begrenzt werden.

- Weitere Informationen:

- > [Gutachten zur Kommunalstruktur in Niedersachsen](#)
- > www.zukunftsinvestitionsgesetz.niedersachsen.de

Bildung I

Gute Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Alle Menschen in Niedersachsen brauchen deshalb bestmögliche Förderung entsprechend ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten. „Lernen von Anfang an, ein Leben lang“ – das ist das Credo.

Vieles ist in Niedersachsen in den vergangenen Jahren bereits auf den Weg gebracht worden. Beispiele dafür sind:

- ▶ im Bereich der frühkindlichen Bildung der Ausbau der Krippenplätze auf zur Zeit 11.623 Plätze,
- ▶ das verbesserte Angebot an Ganztagschulen von 155 im Jahr 2003 auf jetzt über 1.140,
- ▶ die Senkung der Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss von 10,5 % im Jahre 2003 auf 6,2 % in 2009 sowie
- ▶ die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung.

Die Landesregierung setzt sich zum Ziel, für jeden Lebensabschnitt der Menschen passgenaue, qualitativ hochwertige Bildung anzubieten. Aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen, z.B. durch den demografischen Wandel, eine veränderte Altersstruktur oder den steigenden Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, ist ein zielgerichtetes und zukunftsweisendes Bildungskonzept erforderlich. Darum setzen wir auf

- ▶ ein hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot im frühkindlichen Bereich, das den Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert;
- ▶ eine bessere Verzahnung zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, um eine konsequente individuelle Förderung zu ermöglichen;
- ▶ die verlässliche und konsequente Fortführung der Qualitätsentwicklung im allgemeinbildenden Schulwesen;
- ▶ individuelle Förderung jeder Schülerin und jeden Schülers mit dem Ziel der bestmöglichen Entfaltung der individuellen Begabung;



- ▶ eine Steigerung der Potenziale der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, um deren Bildungserfolg deutlich zu erhöhen;
- ▶ niedersächsische Schulen als umfassenden Lern- und Lebensort. Ziel ist es, das bis 2020 in Niedersachsen öffentliche allgemeinbildende Schulen im Regelfall ganztägige Angebote vorhalten;
- ▶ eine Erleichterung des Übergangs zwischen den Bildungsstationen. Eine bessere Vernetzung von schulischen und außerschulischen Bildungsangeboten ist daher besonders wichtig;
- ▶ eine Stärkung der dualen Berufsausbildung, Ausweitung der beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten und Steigerung der Bereitschaft zu beruflicher Weiterbildung

■ Weitere Informationen:

> [Die 100-Tage-Bilanz des niedersächsischen Kultusministers Dr. Althumann](#) www.bildung.niedersachsen.de



Bildung II

Niedersachsen hat eine Vorreiterrolle in der Fortentwicklung des Bologna-Prozesses übernommen – auf Initiative Niedersachsens hat die Kultusministerkonferenz (KMK) notwendige umfangreiche Änderungen bei den Bachelor- und Masterstudiengängen beschlossen. Nachdem die deutschen Hochschulen in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um nahezu alle Studiengänge auf die neuen Bachelor- und Masterstrukturen umzustellen, hat sich Niedersachsen für die Verbesserung der Lehre und eine deutliche Reduzierung der Prüfungsleistungen eingesetzt.

Mit der Errichtung der [Niedersächsischen Technischen Hochschule](#) (NTH) hat Niedersachsen hochschulpolitisches Neuland beschritten und die wissenschaftspolitische Forderung nach Schwerpunktbildung, Vernetzung und Transdisziplinarität institutionalisiert. Niedersachsen hat es damit geschafft, die Forschung dreier Hochschulen zu bündeln und rechtlich abzusichern.

Mit der vom Niedersächsischen Landtag beschlossenen Novellierung des [Niedersächsischen Hochschulgesetzes](#) (NHG) und dem hochschulübergreifenden, landesweiten [Projekt der Offenen Hochschule Niedersachsen](#) wird unser Bundesland seine Vorreiterrolle in der wissenschaftlichen Weiterbildung und der Verschränkung der Bildungsbereiche ausbauen.

Mit dem [Zukunftsvertrag](#) (2005–2010) und dem [Zukunftsvertrag II](#) (2011–2015) haben das Land und die niedersächsischen Hochschulen einen langfristig verlässlichen Rahmen für eben diese Entwicklung geschaffen. Der im Juni 2010 unterzeichnete Zukunftsvertrag II gibt den Hochschulen bis 2015 Planungssicherheit. Vorrangiges Ziel ist es, der wachsenden Zahl von Studienberechtigten die Aufnahme eines Studiums an international wettbewerbsfähigen niedersächsischen Hochschule zu ermöglichen und damit das Potenzial der jungen Generation in Niedersachsen umfassend zu fördern und zu nutzen.

Das auch mithilfe von [Studienbeiträgen](#) erreichte Qualitätsniveau der niedersächsischen Hochschulen verschafft einen echten Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Hochschulen. Dies belegt die Erfolgsquote der Absolventinnen und Absolventen, die im Jahr 2008 mit 79,7 % den Bundesdurchschnitt um 7,2 % übertraf.



Niedersachsen hat sich auf die doppelten Abiturjahrgänge mit nochmals deutlich höheren Aufnahmekapazitäten in allen Studienbereichen (Hochschulpakt Phase II) gut vorbereitet. Bis 2015 können dadurch insgesamt über 35.500 zusätzliche Studienanfängerinnen und Studienanfänger aufgenommen werden.

Mit rund 160 Mio. Euro für Hochschulbaumaßnahmen und Großgeräte pro Jahr konnten umfangreiche Investitionen an den Hochschulen angeschoben werden. Die Sanierung des Bestandes, aber auch die Genehmigung, Planung und Errichtung von neuen Zentren wie dem Energieforschungszentrum Niedersachsen (EFZN), dem BRICS – Braunschweiger Integriertes Centrum für Systembiologie – sowie von Mensen, Bibliotheken, Hörsälen und Seminarräumen standen dabei im Vordergrund.

Darüber hinaus sind aus dem Konjunkturpaket II ab 2009 insgesamt rund 150 Mio. Euro verplant worden für Maßnahmen an den Hochschulen, die bis 2011 beendet werden. Dazu gehören auch der Bau des Pädiatrischen Forschungszentrums an der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und des Schwann-Schleiden-Forschungszentrums an der Universität Göttingen.



Forschung und Innovation

Wir haben unsere Innovationskampagne bis 2013 verlängert, mit der wir Niedersachsen als innovativen und zukunftsorientierten Wirtschafts- und Technologiestandort zeigen.

www.innovatives.niedersachsen.de

Im Mittelpunkt unserer Forschungsförderung stehen Themenfelder von strategischer Bedeutung. Dazu gehören Energieforschung (Erneuerbare Energien und Energienetze), Lebenswissenschaften, Ernährung und Landwirtschaft, Mobilität (Forschungsflughafen, Forschungszentrum Fahrzeugtechnik) sowie Klima- und Meeresforschung. Mittlerweile arbeiten 20 Forschungsverbände an den verschiedensten Themen.

Für die Forschung stellt das Land den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen jährlich rd. 80 Mio. Euro Sondermittel zur Verfügung. Zusätzlich werben die niedersächsischen Hochschulen und Forschungsinstitute jährlich ca. 420 Mio. Euro Drittmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), dem Bund, der EU sowie der Industrie ein. Darunter fallen auch die aktuell 24 durch die DFG geförderten Sonderforschungsbereiche in Niedersachsen.

Bei den Forschungsbauten haben die niedersächsischen Hochschulen im Wettbewerb um Fördermittel im bundesweiten Vergleich hervorragend abgeschnitten. Verbunden mit der hälftigen Finanzierung durch das Land konnten Mittel in Höhe von rund 232 Mio. Euro für niedersächsische Hochschulen eingeworben werden. Damit kommt Niedersachsen im Ländervergleich auf Platz 2 und erreicht eine finanzielle Beteiligung von 13,6 % an der gesamten Fördersumme.

In der ersten Runde der Exzellenzinitiative waren drei Hochschulen aus Niedersachsen erfolgreich, darunter die Universität Göttingen. Die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) konnte sich als erfolgreichste medizinische Fakultät mit einem Exzellenzcluster und einer Graduiertenschule durchsetzen, die Universität Hannover mit einem Exzellenzcluster.



Die Initiative „Niedersachsen Forschungsprofessur – Forschung 65+“, die Wissenschaftlern nach der Emeritierung die Weiterführung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten ermöglicht, ist bundesweit beispielhaft.

2008 haben wir mit der „Initiative Zukunft schmieden“ einen Informationsaustausch gestartet, der über die Grenzen der einzelnen Technologiernetzwerke hinausreicht und interdisziplinäre Projekte in Zukunftsfeldern erarbeitet.

www.zukunft-schmieden.de

Mit der [Landesinitiative Ernährungswirtschaft](#) begleiten wir die Unternehmen (insb. KMU) der Ernährungswirtschaft aktiv bei ihren Innovationsprozessen und bei der Anpassung an neue Herausforderungen.



Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Unsere Wirtschaftspolitik ist darauf ausgerichtet, den Wirtschafts- und Innovationsstandort Niedersachsen nachhaltig zu stärken und Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen:

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2009 den höchsten Stand in der Geschichte des Landes. Die [Zahl der Arbeitslosen](#) sank in 2008 auf den niedrigsten Stand seit 1992. Selbst im Krisenjahr 2009 war nur eine geringfügige Steigerung zu verzeichnen.

Mit dem „[Niedersächsischen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs](#)“ und der „[Qualifizierungsoffensive Niedersachsen](#)“ verbessern wir die Beschäftigungschancen, schaffen Arbeitsplätze und investieren in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

[Wirtschaftsförderinstrumente](#) wurden in der Krise ausgeweitet. Dadurch konnten Investitionen von insgesamt 1,33 Mrd. Euro ausgelöst und direkt 14.500 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden.

Mit Investitionen von knapp 200 Mio. Euro in die Offshore-Windkraftproduktion in Emden und Cuxhaven festigen wir unsere Vorrangposition bei [erneuerbaren Energien](#).

100 Mio. Euro Landesinvestitionen sichern unsere Spitzenstellung in der [Luft- und Raumfahrt](#).

Durch verantwortliches Handeln wurde die Übernahme von VW durch Porsche erfolgreich abgewehrt und der [Automobilstandort Niedersachsen](#) nachhaltig gestärkt.

Die Elektromobilität als Antriebssystem der Zukunft fördern wir mit einer eigenen [Landesinitiative](#) und unterstützen die Verknüpfung mit erneuerbaren Energiequellen.

Mit der [Landesinitiative Logistik](#) und den Ausbau von Güterverkehrszentren und Binnenhäfen steigern wir die Attraktivität Niedersachsens als führenden Logistikstandort.

Die Planungen für große [Schienenprojekte](#), wie die Y-Trasse und das dritte Gleis Stelle-Lüneburg, werden durch eine finanzielle Beteiligung des Landes forciert. Die Ertüchtigung des nicht bundeseigenen Schienennetzes wird maßgeblich unterstützt. Im Hinblick auf den notwendigen Ausbau der Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven stehen wir in engem Kontakt zum Bundesverkehrsministerium und drängen auf zeitnahe Realisierung.



Wir haben für die [Küstenautobahn](#) und die [A39](#) die Linienbestimmung erreicht und werden die weiteren Planungen zügig vorantreiben.

Mit den Investitionen in die [Häfen](#) und den Bau des [JadeWeser-Ports](#) eröffnen wir an der Küste neue Wachstumsperspektiven, die auf das ganze Land ausstrahlen.

Durch den [Breitbandausbau](#) fördern wir die Wachstumschancen im ländlichen Raum.

Dank der erfolgreichen Förderung der [Tourismuskultur und -infrastruktur](#) ist Niedersachsen das beliebteste Reiseziel in Norddeutschland.

Mit der Gründung von [NGlobal](#) hat die Landesregierung die Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen und die Auslandsförderinstrumente gebündelt.

Sicherheit

In Niedersachsen ist die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren durch einen auch messbaren Sicherheitsgewinn spürbar gestiegen. Polizei, nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr und Verfassungsschutz bilden gemeinsam mit der Justiz die tragenden Säulen unserer Sicherheitsarchitektur.

Die Polizei in Niedersachsen hat 2009 erstmals in der [Polizeilichen Kriminalstatistik](#) eine Aufklärungsquote von rund 60 % und damit bundesweit einen Spitzenwert erreicht. Die Zahl der Verkehrstoten ist in den letzten Jahren kontinuierlich und signifikant zurückgegangen ([Verkehrslagebild 2009](#)).

Im Übrigen bewähren sich die Feuerwehren, der Katastrophenschutz und Rettungsdienste als leistungsstarke Akteure. Diese sind ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar.

Die Realisierung einer modernen und innovativen „Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz“ verfolgen wir konsequent weiter.

Die nachhaltige [Kriminalprävention](#) trägt maßgeblich zur Vermeidung von Straftaten bei, die Strafverfolgung wurde stetig verstärkt und der Opferschutz in den Vordergrund gerückt. Durch Vernetzung mit nicht-staatlichen Akteuren und die Aktivierung gesellschaftlicher Potenziale treten wir Gewalt entschieden entgegen ([„Zivilcourage“](#)).

Die Polizei ist insbesondere durch Vereinbarkeit von [Beruf und Familie](#) sowie die Implementierung eines betrieblichen [Gesundheitsmanagements](#) im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs ein attraktives Unternehmen. Die [Polizeiakademie Niedersachsen](#) ist ein Garant für eine professionelle Aus-, Fort- und Weiterbildung, junge Menschen mit [Migrationshintergrund](#) werden für den Polizeiberuf gezielt angesprochen und zu einer Bewerbung ermuntert.

Das personelle Verstärkungsprogramm hat mehr Polizei in der Fläche geschaffen sowie Spezialeinheiten noch schlagkräftiger gemacht. Investitionen in moderner Ausstattung sowie Einsatz- und Kriminaltechnik haben einen besonderen Stellenwert ([„Polizei 2015 – Innovationsoffensive“](#)).



In einer wehrhaften Demokratie müssen Bestrebungen, die auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen, durch den Verfassungsschutz frühzeitig erkannt und transparent gemacht werden. In allen Extremismusbereichen konnte die erfolgreiche Arbeit der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde weiter intensiviert und optimiert werden.

Die Aktivitäten des Verfassungsschutzes im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Prävention und Beratung wurden in einer „Niedersächsischen Extremismus-Informations-Stelle“ ([NEIS](#)) noch stärker gebündelt.

Der Verfassungsschutz wurde personell, technisch und strukturell gestärkt, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Justiz

Bürger müssen schnell und effektiv zu ihrem Recht kommen. Straftaten müssen zügig abgeurteilt werden. Niedersachsen belegt in einem Ländervergleich zur Verfahrensdauer nahezu durchweg Spitzenplätze.

Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, die Justiz auf ihre Kernaufgaben Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug zu beschränken.

Durch das am 1. Januar 2010 in Kraft getretene Niedersächsische Schlichtungsgesetz werden die außergerichtliche Streitbeilegung und das Schiedsamt gestärkt. Die Landesregierung fördert die Methoden einvernehmlicher Streitlösung ferner durch eine Wanderausstellung (www.ausstellung-konflikte-loesen.de) sowie den jährlich stattfindenden [Konfliktmanagementkongress](#) und setzt sich für eine effektive Umsetzung der Europäischen Mediationsrichtlinie ein.

Die Landesregierung setzt auf den Erhalt und weiteren Ausbau der hohen Leistungsfähigkeit der Strafjustiz. An erster Stelle steht hierbei der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern. Betreuungs- und Kontrollkonzepte wie die „Konzeption im Umgang mit Rückfall gefährdeten Sexualstraftätern“ (KURS) haben wir in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich ausgebaut.

Die Landesregierung hat die Gewinnabschöpfungsdezernate bei sechs der elf niedersächsischen Staatsanwaltschaften zu Schwerpunktabteilungen ausgebaut und verstärkt. Die Einnahmen aus der Abschöpfung von Verbrechensgewinnen konnten von knapp 1,98 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 3,01 Mio. Euro im Jahr 2009 gesteigert werden.

Die Landesregierung hat den [Ambulanten Justizsozialdienst \(AJSD\)](#) eingerichtet. Dies hat zu einer weiteren Professionalisierung der Sozialarbeit geführt.

Darüber hinaus hat sich die Zahl der Mitgliedsorganisationen im [Landespräventionsrat Niedersachsen](#) auf 260 erhöht.



Die Landesregierung hat den niedersächsischen Justizvollzug in der bundesweiten Spitzengruppe etabliert. Die Einzelunterbringung der Gefangenen liegt mit 81 % im geschlossenen Vollzug auf einem Allzeithoch. Die Beschäftigungsquote der Gefangenen konnte von 50 % im Jahr 2003 auf 75 % erhöht werden. Die Entweichungen aus dem offenen Vollzug sind um über 80 % zurückgegangen. Vorhandene sozialtherapeutische Abteilungen wurden ausgebaut und zwei neue – in der Justizvollzugsanstalt Celle sowie in Wolfenbüttel – werden eingerichtet. Zur Verbesserung des Übergangsmanagements und damit zur Verringerung der Rückfallquoten von Haftentlassenen hat die Landesregierung in jeder Justizvollzugsanstalt Entlassungskoordinatoren benannt.

Chancengleichheit für alle Generationen

Niedersachsen setzt sich für die Chancengerechtigkeit aller Generationen ein, durch

- ▶ eine Familien- und Jugendpolitik, die eine Gesellschaft sichert, in der Kinder gut aufgehoben sind.

Landesweit gibt es inzwischen fast 290 [Kinder- und Familien-servicebüros](#), die Familien u. a. bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei Aufgaben der häuslichen Pflege unterstützen. Über den Sonderfonds „[DabeiSein!](#)“ ermöglicht das Land benachteiligten Familien und Kindern die Teilhabe an Bildungs- und Freizeitmaßnahmen. Über die vom Land geförderte Stiftung „[Eine Chance für Kinder](#)“ sind bisher 214 Familienhebammen fortgebildet worden, die - wie die ehrenamtlichen Helferinnen der inzwischen 30 Wellcome-Standorte – Familien direkt nach der Geburt ihres Kindes unterstützen. Seit dem 1. April 2010 hat Niedersachsen die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder verbindlich gestaltet, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Für die modellhafte integrative Betreuung von Kindern mit Behinderungen stehen niedersachsenweit 185 Plätze in Krippen und Kindertagesstätten zur Verfügung.

- ▶ eine Gesundheitspolitik, die qualitativ hochwertige, wirtschaftliche und wohnortnahe medizinische Versorgung in allen Bereichen gewährleistet.

Im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms stellt das Land 360 Mio. Euro für die Jahre 2008 bis 2010 zur Verfügung. Darüber hinaus wurden zusätzlich 50 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II für 27 weitere Vorhaben in Kliniken bereitgestellt. Mit vielfältigen Maßnahmen wird die hausärztliche Versorgung auch in Zukunft gesichert. Im Rahmen eines „Runden Tisches“ wurden Ansätze entwickelt, die das Medizinstudium, die Weiterbildung und auch die Tätigkeit als Hausarzt in Niedersachsen insgesamt attraktiver machen sollen. So wird das Land beispielsweise zum Wintersemester 2010/2011 Medizinstudentinnen und -studenten, die sich während ihres Praktischen Jahres für das Wahlfach „Allgemeinmedizin“ entscheiden, finanziell unterstützen.

- ▶ eine Senioren- und Behindertenpolitik, in dem die Vielfalt und die Potenziale der Betroffenen als Bereicherung verstanden werden.



Mit dem Entwurf eines Heimgesetzes ([LT-Drs. 16/2493](#)) soll neben dem Schutz der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner die Qualität der Pflege und Betreuung gesteigert werden. Gleichzeitig wird die Möglichkeit, neue Wohn- und Betreuungsformen zu erproben, erweitert, so dass künftig innovative Wege einfacher beschritten werden können. [Seniorenservicebüros](#) sollen älteren Menschen dabei helfen, so lange wie möglich unabhängig und selbstständig zu leben. Das Land Niedersachsen unterstützt die Ausbildung in der Altenpflege mit finanziellen Hilfen. Die Schaffung von Wohneigentum für Haushalte mit Kindern sowie für Menschen mit Behinderungen wird gefördert, während im Mietwohnungsbau vor allem Mittel für Altenwohnungen und Wohnungen für Menschen mit Behinderungen bereitgestellt werden. Neu ist die Förderung von Wohngruppen und Wohngemeinschaften als neue Wohnformen im Alter.

Kultur

Unsere reiche Kulturlandschaft ist Grundlage der kulturellen Identität der Menschen in Niedersachsen. Im Mittelpunkt unserer Kulturpolitik stehen das Bewahren des kulturellen Erbes und die Schaffung von Rahmenbedingungen für neue Entwicklungen. Kunst- und Kulturförderung in Niedersachsen setzt Schwerpunkte in der kulturellen Bildung und in der Kunstvermittlung.

► Museen:

Landesausstellungen zu wichtigen historischen oder kulturgeschichtlichen Ereignissen stehen immer wieder im Mittelpunkt unserer Museen. 2007/2008: Präsentation der Schöninger Speere in Braunschweig und Hannover; 2009: Erinnerung an Kaiser Otto IV. in Braunschweig; 2014: Landesausstellung zu der vor 300 Jahren begründeten Personalunion Hannover–Großbritannien im neu errichteten Schloss Herrenhausen in Hannover.

Für die Erforschung und publikumsorientierte Präsentation der in Schöningen geborgenen „[ältesten Speere der Menschheit](#)“ wird am Fundort ein Forschungs- und Erlebniszentrum für 15 Mio. Euro aus Mitteln des Konjunkturpakets II errichtet.

Das [Herzog Anton Ulrich-Museum](#) wird für rund 26 Mio. Euro saniert und vergrößert.

Die [Worpsweder Museumslandschaft](#) wird nach einem Masterplan erneuert. Rund 6,3 Mio. Euro gibt Niedersachsen aus seinem Anteil an der EFRE-Förderung.

Mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II und des Europäischen Regionalfonds EFRE wurden die Bausubstanz, Ausstellungen sowie die besucherorientierte Infrastruktur zahlreicher nichtstaatlicher Museen nachhaltig verbessert.

► Musik:

Mit der Projektinitiative „[Musikland Niedersachsen](#)“ werden vorhandene Einrichtungen, Initiativen und Projekte unterstützt und neue Impulse gesetzt.

Mit dem kulturwirtschaftlichen Programm „[PartiTouren](#)“ werden kulturelle und touristische Angebote in Paketen gebündelt und als „kleiner Urlaub mit Musik“ deutschlandweit vermarktet.



Mit der [Landesmusikakademie Niedersachsen](#) in Wolfenbüttel steht für Niedersachsens Laien- und Nachwuchsmusiker das bundesweit modernste Zentrum für musikalische Aus- und Fortbildung sowie Produktion bereit.

„[Wir machen die Musik!](#)“ Mit dem entwickelten Musikalisierungsprogramm wird der frühe Zugang von Kindern im Kindergarten und in der Grundschule zur Musik gefördert.

► Theater:

Niedersachsen fördert eine bunte und qualitativ hochwertige Theaterlandschaft mit den [drei Staatstheatern](#) in Braunschweig, Hannover und Oldenburg, den [kommunalen Theatern](#) und vielen [freien Theatern](#).

Darüber hinaus realisiert das Land Niedersachsen im Staatstheater Braunschweig für mehr als 2 Mio. Euro Brandschutzmaßnahmen, saniert in Oldenburg für 14 Mio. Euro das Große Haus und das Probengebäude grundlegend und hat in Hannover im Schauspielhaus eine neue Bühne für kleinere Formate eingerichtet, die sehr erfolgreich ist.



Medien

Der NDR hat die Regionalberichterstattung in seinen Programmen kontinuierlich ausgebaut. Auf Initiative der Landesregierung wurde mit der Novelle des NDR-Staatsvertrags eine Entwicklung in Gang gesetzt, die für Niedersachsen äußerst positiv ist: Immer mehr Sendungen entstehen in Niedersachsen. Davon profitieren auch die heimischen TV-Produzenten.

Vor dem Hintergrund eines immer rasaneren medientechnischen Fortschritts und damit verbundener veränderter Nutzergewohnheiten hat sich in Niedersachsen ein reges Interesse an der Veranstaltung von kommerziellem lokalem und regionalem Hörfunk und Fernsehen entwickelt, die bisher in Niedersachsen nicht zulässig sind. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Niedersächsischen Mediengesetzes und zur Änderung des Niedersächsischen Pressegesetzes schafft die Niedersächsische Landesregierung eine gesetzliche Grundlage dafür. Ziel dieser Neuregelungen, die am 1. Januar 2011 in Kraft treten sollen, ist ein belebter, noch vielfältigerer und zukunftsorientierter einheitlicher Medienmarkt mit gesunden Strukturen.

Die Fortentwicklung des länderübergreifenden Rundfunkrechts ist Aufgabe aller Länder.

Mit dem 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde zum 1. April 2010 die EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste in deutsches Recht umgesetzt. Seitdem enthält der Rundfunkstaatsvertrag Regelungen zu Produktplatzierungen in Sendungen und schafft damit Rechtssicherheit für die Rundfunkveranstalter. Die Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages ist Gegenstand des 14. Rundfunkänderungsstaatsvertrages. Ziel der Novelle ist, das Jugendschutzrecht des Bundes für Trägermedien und der Länder für Rundfunk und Telemedien anzugleichen, Anreize zu setzen für die freiwillige Alterskennzeichnung von Medieninhalten und die Anerkennung von Jugendschutzprogrammen zu erleichtern. Sofern die Parlamente der 16 Länder zustimmen, kann der Vertrag am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

Aktuell arbeiten die Länder an einem Systemwechsel bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auf Grund der Vielfalt der zum Empfang von Rundfunk genutzten Geräte und der sinkenden Akzeptanz der Gebührenpflicht durch den Gebührenzahler wird eine Umstellung von der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf einen Rundfunkbeitrag diskutiert, der ab



dem 1. Januar 2013 von jedem Inhaber einer Wohnung oder Betriebsstätte zu zahlen sein soll. Die Landesregierung wird sich in den laufenden Verhandlungen zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag dafür einsetzen, dass die Beitragshöhe trotz des Systemwechsels konstant bleibt und die Umstellung nicht zu einer unangemessenen Belastung einzelner Gruppen von Beitragzahlenden führen wird.

Die [nordmedia GmbH](#), die Mediengesellschaft der Länder Niedersachsen und Bremen, feiert im Dezember 2010 ihr zehnjähriges Jubiläum. Die Landesregierung hält trotz der angespannten Haushaltslage an der Förderung der Film- und Medienwirtschaft fest, weil dies den Medienstandort Niedersachsen spürbar stärkt. Angesichts eines Regionaleffekts von 300 % zieht jeder Euro, der an Landesmitteln in diese Branche investiert wird, drei Euro an weiteren Umsätzen nach sich.

Die Landesregierung und die Partner des „Runden Tisches Medienkompetenz“ haben im November 2009 den ersten landesweiten „Tag der Medienkompetenz“ in Hannover mit guter Resonanz durchgeführt. Das [Portal medienkompetenz-niedersachsen.de](#) führt öffentlich geförderte Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz in Niedersachsen zusammen und macht sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.



Umwelt- und Naturschutz

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine Daueraufgabe niedersächsischer Umwelt- und Naturschutzpolitik. Nachfolgenden Generationen gegenüber haben wir die Verpflichtung den Artenreichtum zu wahren, die Kulturlandschaften zu erhalten und das Klima zu schützen.

Niedersachsen ist so vielfältig in seinen Regionen und Landschaften wie kein anderes Land in Deutschland. Diese Vielfalt ist etwas ganz Besonderes, aber auch zugleich eine Herausforderung für eine nachhaltige Umweltpolitik. Denn Niedersachsen ist Energieland, Küstenland, Tourismusland und reich an Land- und Forstwirtschaft. Nicht zu vergessen: Niedersachsen hat eine einzigartige Artenvielfalt.

Diese Aufgaben zu bewältigen, ist nur mit einer modernen Umweltpolitik möglich, die stets zwischen den ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen abwägt. Eine Politik mit den Menschen setzt einen permanenten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort voraus und erhöht die Bereitschaft, sich ehrenamtlich für den Umweltschutz zu engagieren.

Zum Wohle der Menschen wurde im Bereich der Wasserwirtschaft viel erreicht:

- ▶ Der Generalplan Küstenschutz wird weiterhin umgesetzt. Seit 2008 wurden zum Schutz der niedersächsischen Küste aus Mitteln des Bundes, des Landes und der EU insgesamt 196 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet für die Jahre 2009 und 2010, dass trotz knapper öffentlicher Kassen die Mittel für den Küstenschutz nochmals um 10 Mio. Euro angehoben wurden, um das bereits hohe Sicherheitsniveau für die Küstenregion noch weiter zu verbessern.
- ▶ Für den Hochwasserschutz im Binnenland wurden in den vergangenen 2 ½ Jahren rund 106 Mio. Euro ausgegeben. Seit 2003 wurden allein für den Hochwasserschutz an der Elbe 160 Mio. Euro investiert.
- ▶ Zur Erstellung von Plänen zum Hochwasserrisikomanagement werden zukünftig jährlich 520.000 Euro zur Verfügung gestellt.



Auch für den Naturschutz waren die vergangenen Jahre sehr erfolgreich:

- ▶ Im Juni 2009 wurde das Wattenmeer als UNESCO WeltNaturerbe anerkannt.
 - ▶ Aufgrund der vielen positiven Erfahrungen wurde das Programm „Natur erleben“ weiter geführt. Seit 2008 konnten 98 Projekte mit einer Summe von 8,8 Mio. Euro unterstützt werden.
 - ▶ Die Strategie für den Arten- und Biotopschutz wurde konsequent weiterentwickelt. Insgesamt wurden 60 Mio. Euro zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten eingesetzt.
- Weitere Informationen
- > www.umwelt.niedersachsen.de
 - > [„Natur erleben“ in Niedersachsen. Eine Reise durch 16 einzigartige Naturlandschaften.“](#)
 - > [„Weiße Liste der Säugetiere Niedersachsens“](#)
 - > [„Wasserland Niedersachsen“](#)
 - > [„Biologische Vielfalt durch eine niedersächsische Artenschutzstrategie erhalten und vergrößern“ \(LT-Drs. 16/652\)](#)



Energie- und Klimaschutz

Energie und Klimaschutz sind für Niedersachsen zwei eng miteinander verbundene und hochaktuelle Themen. Eine gesicherte und bezahlbare Energieversorgung sowie Klimaschutz, der auch den zukünftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft ermöglicht, sind große Herausforderungen unserer Zeit.

Ein so vielfältiges Land wie Niedersachsen wird vom Klimawandel besonders betroffen sein. Dies wird Auswirkungen auf den Hochwasser- und Küstenschutz, den Naturschutz und die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, die Fischerei sowie für den Tourismus haben.

Niedersachsen ist auf die zu erwartenden Veränderungen vorbereitet:

- ▶ Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird weiter erfolgreich vorangetrieben. Bei Windenergie und Biogas liegt Niedersachsen bundesweit in der Spitzengruppe. 948 Megawatt neu installierter Onshore-Windleistung im Zeitraum 2008 bis Juni 2010 bedeuten Platz 1 im Ländervergleich. Auch in der Offshore-Windenergie sind wir Vorreiter. Der erste Offshore-Windpark wurde am 27. April 2010 offiziell eingeweiht.
 - ▶ Mittels des in Niedersachsen regenerativ erzeugten Stroms lassen sich rechnerisch bereits über 32 % des Stromverbrauchs in Niedersachsen abdecken. Wenn wir alle natürlichen Potenziale der erneuerbaren Energien in Niedersachsen offensiv nutzen, dann können wir bis 2020 knapp 80 % erreichen. Die Möglichkeiten im Offshore-Bereich sind darin noch gar nicht eingeschlossen.
 - ▶ Die Entwicklung der Elektromobilität ist für Niedersachsen als Energie- und Automobilland von besonderer Bedeutung und wird deshalb zielgerichtet unterstützt.
 - ▶ Ein Schwerpunkt liegt auch im Bereich der kommunalen Energieeffizienz. So werden insgesamt 41 Mio. Euro für die energetische Sanierung in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung gestellt.
 - ▶ Zudem wurden 2009 mit dem Projekt „Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ 88 Kommunen mit einer Summe von 2 Mio. Euro für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung gefördert.
 - ▶ In der Klimaschutzpolitik setzen wir auf Kooperation und Dialog. Aus diesem Grund hat Niedersachsen Ende 2008 eine Regierungskommission Klimaschutz eingerichtet. In der Kommission werden Handlungsstrategien zur Vermeidung von Treibhausgasen und zur Anpassung des Landes an die Folgen des Klimawandels entwickelt. Die erarbeiteten Konzepte werden 2012 in ein umfassendes Energie- und Klimaschutzprogramm für Niedersachsen einfließen.
- Weitere Informationen:
- > www.umwelt.niedersachsen.de
 - > [„Mit Energie für Klimaschutz“](#)
 - > [„Der Klimawandel als Herausforderung für Staat und Gesellschaft“](#)





Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz

Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz haben in Niedersachsen einen hohen Stellenwert und bilden die Grundlage für eine sichere und qualitative Versorgung. Land- und Ernährungswirtschaft sichern Einkommen, Beschäftigung und Lebensqualität und bilden damit das Rückrat für den ländlichen Raum.

Niedersachsen ist „Agrarland Nummer 1“ in Deutschland. Niedersachsens Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung liegt inzwischen bei 18 %. Niedersachsen ist bundesweit der bedeutendste Standort für moderne Tierhaltung, und international erfolgreich beim Export tierischer Lebensmittel. Dabei hat der [Tierschutz](#) in Niedersachsen höchste Priorität.

Niedersachsen ist das Kompetenzzentrum für Ernährungswirtschaft und Ernährungswissenschaft. Niedersächsische Landmaschinenbauer und Saatzuchtunternehmen sind weltweit führend. In Niedersachsen finden die wichtigsten Agrarleitmesse Europas – die Agritechnica und die EuroTier sowie die weltgrößte Biotech-Fachmesse, die Biotechnica – statt: Jeder fünfte Arbeitsplatz in Niedersachsen ist mit der Land- und Ernährungswirtschaft verbunden.

Die Niedersächsische Landesregierung unterstützt diesen Erfolgskurs durch verlässliche politische Rahmenbedingungen und eine zielgerichtete Nutzung der von Europa vorgegebenen Handlungsspielräume im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik. Mit dem niedersächsischen „Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums“ ([PROFIL](#)) fördern wir die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors, die Infrastruktur des ländlichen Raums und reagieren auf die Herausforderungen des Klimawandels. Mit dem [Positionspapier „Wälder für Niedersachsen“](#) sind die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung von Wald, Forst- und Holzwirtschaft gestellt.

Die Landesregierung nutzt das [Landes-Raumordnungsprogramm](#) (LROP) und die Raumordnungsverfahren gezielt für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landes und verbessert die Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum.

Lebensmittelssicherheit und Verbraucherschutz haben in Niedersachsen eine große Bedeutung. Ein umfangreiches Lebensmittelkontrollsystem sichert die Qualität der Erzeugung. Der



jährliche Verbraucherschutzbericht des Landes Niedersachsen sowie umfangreiche Informationsmöglichkeiten im Internet bieten Aufklärung über Produktion, Verarbeitung und Vertrieb von Lebensmitteln, aber auch zu Futtermitteln, über Tiergesundheit und Tierschutz. All diese Informationen sind wichtige Faktoren für die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln:

www.laves.niedersachsen.de.

■ Weitere Informationen:

> [Visionen 2021](#)

> [„Politik der Landesregierung für den ländlichen Raum“, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage \(LT-Drs. 16/2397\)](#)

> [Niedersächsische Landesforsten: www.landesforsten.de](http://www.landesforsten.de)

Nachhaltigkeit

Das Prinzip der Nachhaltigkeit prägt die Politik der Niedersächsischen Landesregierung. Mit gezielten politischen Maßnahmen verbessern wir nicht nur die ökologischen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen.

2007 haben wir die niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie „[Umweltgerechter Wohlstand für Generationen](#)“ verabschiedet. Jedes Ressort hat darin konkrete Nachhaltigkeitsinitiativen festgeschrieben. 2012 legt die Landesregierung einen Bericht über den Fortschritt bei der Umsetzung der Initiativen vor.

Nachhaltigkeit lässt sich nur durch eine langfristig orientierte Politik meistern und braucht die konkrete Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Daher haben wir 2008 zur Umsetzung unserer Nachhaltigkeitsstrategie die „[Niedersächsische Allianz für Nachhaltigkeit](#)“ zwischen der Landesregierung, den Organisationen der Wirtschaft und des Deutschen Gewerkschaftsbundes ins Leben gerufen.

Mit der Allianz werden besondere Anstrengungen gefördert, die über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus Impulse für eine nachhaltige Entwicklung und sichere Zukunft Niedersachsens geben. Eine Zukunft, die die Bedürfnisse der heutigen Generation sichert und dabei die Belange der künftigen Generationen im Blick hat. Eine Zukunft, die wirtschaftlich weiter leistungsfähig, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich ist. Im Mittelpunkt der Arbeit der Allianz stehen daher die Bereiche nachhaltige Strukturpolitik und Produktion, Umwelttechnologien, nachhaltige Innovationen und Ressourceneffizienz, nachhaltiger Konsum, Qualität der Arbeit und Chancengleichheit.



Viele niedersächsische Unternehmen liefern mit ihren geplanten oder umgesetzten Projekten zur Nachhaltigkeit in ihrem Unternehmen (z. B. energetische Sanierung ihres Betriebes; familienfreundliche Arbeitsstrukturen; betriebliche Gesundheitsprävention u. a.) wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung und konnten so für die Allianz gewonnen werden.

■ Weitere Informationen:

> [Rat für nachhaltige Entwicklung:](#)

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/>

> [Nachhaltigkeitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung: Herausforderungen, Handlungsfelder und Methoden.](#)



Bürgerschaftliches Engagement

In Niedersachsen ist die Bereitschaft groß, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Mehr als 480 Mio. Stunden werden so in jedem Jahr ehrenamtlich in Sportvereinen, in karitativen Einrichtungen, bei der freiwilligen Feuerwehr, im Sozial- und Kulturbereich, im Umwelt- und Naturschutz oder in Nachbarschaftsinitiativen geleistet. Sich zu engagieren macht Spaß und trägt dazu bei, Verantwortung zu übernehmen. Niedersachsen ist stolz auf die Menschen, die ihre Zeit und Kraft, ihr Wissen und ihre Kreativität für andere einsetzen und so zu einem besseren Miteinander in unserer Gesellschaft beitragen.

Die bundesweite Studie „[Freiwilligensurvey](#)“ belegt: Niedersachsen ist ein Musterland des freiwilligen Engagements. 41 % aller Niedersachsen ab 14 Jahren bzw. 2,8 Mio. engagieren sich freiwillig und ehrenamtlich. In zehn Jahren (1999–2009) ist die Engagementquote um 10 Prozentpunkte angestiegen. Dies ist der höchste Zuwachs aller Bundesländer.

Die Landesregierung setzt sich vielfältig für gute Rahmenbedingungen und für die Anerkennung des Engagements ein. Das landesweite Netzwerk „[Niedersachsen-Ring](#)“ ist dabei eine wichtige Beratungsinstanz.

Der Freiwilligenserver ist ein landesweites Internetportal, das umfassend über das freiwillige Engagement informiert. Interessierte finden hier u. a. Kontakt zu ca. 30.000 Vereinen oder zu den Ansprechpartnerinnen und -partnern für kommunale Engagementangebote in über 1.200 Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie Informationen zu 1.500 niedersächsischen Stiftungen: (www.freiwilligenserver.de)

Mit der [niedersächsischen Ehrenamtskarte](#) geben wir denjenigen etwas zurück, die durch ihren Einsatz unser Zusammenleben bereichern. Der „Kompetenznachweis für ehrenamtliche Tätigkeit“ würdigt das Engagement und dokumentiert die erworbenen Kenntnisse.

Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz sorgen für Sicherheit im Engagement.

Gemeinsam mit der VGH Versicherung und den Sparkassen lobt die Landesregierung jährlich den Niedersachsenpreis für Bürgerengagement aus (www.unbezahlbarundfreiwillig.de).



[Freiwilligenagenturen](#) informieren und beraten Interessierte auf der lokalen Ebene. Ihre Zahl hat sich dank der Landesförderung in den letzten drei Jahren auf nunmehr 50 verdoppelt.

Qualifizierung im Engagement ist wichtig. In der [Freiwilligenakademie Niedersachsen](#) werden Engagierte u. a. zu „Engagement-Lotsen“ ([ELFEN](#)) ausgebildet. Damit werden Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden zu „Motoren des Ehrenamtes“.

Die niedersächsischen [Integrationslotsen](#) sind ein bundesweit anerkanntes Projekt. Mehr als 1.000 ausgebildete Lotsen, die meist über eigene Migrationserfahrungen verfügen, engagieren sich ehrenamtlich und unterstützen Migrantinnen und Migranten im Alltag.

Ziel der Landesregierung ist auch, für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Ehrenamt zu sorgen. Wir arbeiten daran mit Qualifizierungsreihen „Frauen im Ehrenamt“, dem [Mentoring-Programm](#) für mehr Frauen in der Kommunalpolitik und nicht zuletzt mit der Förderung von bürgerschaftlichen Netzwerken von Frauen.

Mit über 100.000 [Jugendleitercards](#) (JuLeiCa) legitimieren sich Jugendleiterinnen und Jugendleiter. In den geförderten [Senioren-servicebüros](#) wird z. B. ein Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren im Rahmen der Freiwilligendienste aller Generationen angeboten.

Norddeutsche Zusammenarbeit

Die Niedersächsische Landesregierung setzt sich gemeinsam mit den Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein für die Stärkung des Nordens ein. Regelmäßig treffen sich die Regierungschefs bei der „Konferenz Norddeutschland“, die zuletzt im [Februar 2010](#) unter Vorsitz Niedersachsens in Hannover stattfand. Auch die Chefs bzw. Chefinnen der Staats- und Senatskanzleien sowie die Fachministerien tauschen sich regelmäßig aus. Gegenstand sind Fragen von gemeinsamem Interesse für alle norddeutschen Länder. Dabei stehen verbesserte und intensivere Kooperationen auf der Tagesordnung.

„Ein Norden. Viele Stärken.“ Unter diesem Slogan präsentieren die norddeutschen Länder gemeinsam ihre weltweit führenden technologischen Potenziale. Jetzt gibt es die „Stärkenlandkarte“ einschließlich einer Technologie-Datenbank im Internet unter www.norddeutsche-laender.de.

Einen Pfeiler der Zusammenarbeit bilden die Metropolregionen im Norden. Die [Metropolregion Bremen-Oldenburg](#) im Nordwesten hat sich seit dem 1. Juli 2010 um den Landkreis Osnabrück erweitert. Auch die [Metropolregion Hamburg](#) entwickelt sich beständig weiter, es gibt Beitrittsgesuche aus Mecklenburg-Vorpommern (Land und Landkreis Ludwigslust) sowie der Städte Lübeck und Neumünster in Schleswig-Holstein. Die Metropolregionen profilieren sich als echtes Erfolgs- und Zukunftsmodell und ihre Arbeit findet Anerkennung.

Konkreter Erfolg dieser Zusammenarbeit ist beispielsweise die [Regio-S-Bahn](#), die in Bremen und Niedersachsen betrieben wird. Ab Dezember 2010 sollen die ersten Bahnen zwischen Bremerhaven-Lehe und Twistringen sowie zwischen Bremen, Nordenham und Bad Zwischenahn unterwegs sein.

Die Metropolregion Hamburg hat seit April 2009 das [Gewerbeflächen-Informationssystem GEFIS](#) online gestellt. Es bietet Investoren, die Gewerbegebiete suchen, mit wenigen Klicks Standorte in der gesamten Metropolregion an – mit Größe, Verkehrsanbindung, Grundflächenzahl, Bebauungsplan-Nummer und konkretem Ansprechpartnern.

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die gelungene Zusammenarbeit im Norden ist das Projekt Modellregion „Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg“, das Teil des [Modellvorhabens der Raumordnung \(MORO\) „Überregionale Partnerschaften“](#) ist. Das Vorhaben wurde mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bauwesen, Städtebau und Raumordnung (BMVBS) in bundesweit sieben Modellregionen in der Zeit von 2007–2010 durchgeführt. In der Modellregion Nord haben die Länder Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zusammen mit der Metropolregion Hamburg seit Anfang 2007 in 14 verschiedenen Teilprojekten zusammengearbeitet. Die breite Themenpalette erfasste u. a. die Hochschulkooperation „Campus Nord“, die maritime Wirtschaft bis hin zu einer „Überregionalen Logistikplattform“. Die besten und erfolgreichsten Teilprojekte sollen nun unter einer anderen Organisationsform weitergeführt werden.



- Weitere Informationen sind zu finden unter:
> www.frischkoepe.de/internet/



Europa und Internationales

Wir bekennen uns zur Europäischen Union und zum europäischen Integrationsprozess. Das Land Niedersachsen bringt sich aktiv ein. Wir vertreten unsere Interessen im Rahmen der europäischen Willensbildung. Dazu gehört der erfolgreiche Einsatz für den Erhalt des VW-Gesetzes und damit der Schutz für die VW-Produktionsstandorte in Niedersachsen.

Durch aktive Mitgestaltung des Europäischen Emissionshandelsystems hat die Landesregierung erreicht, dass niedersächsische Unternehmen in den Bereichen Stahl, Aluminium und Chemie auf die Liste der Ausnahmen von der 100-%-Zertifizierung gesetzt wurden und auch in Zukunft kostenfreie Zertifikate zugebilligt bekommen.

Weil die Niedersächsische Landesregierung gegenüber der Bundesregierung initiativ geworden ist, konnten wir erreichen, dass deutsche Exporteure kurzfristige Forderungen gegenüber ihren Kunden in EU- und OECD-Ländern wieder mit staatlichen Exportkreditgarantien bis Ende 2010 absichern dürfen.

Im Forschungsbereich ist es gelungen, die niedersächsische GAUSS-Initiative als europaweit erste eCall-Anwendung in Hannover als europäisches Pilotprojekt voran zu bringen.

Mit den rund 2,7 Mrd. Euro aus der laufenden EU-Förderperiode konnten wir wichtige Zukunftsprojekte anschieben und umsetzen: die Yukon-Bay im Zoo Hannover, das Windkraft-Cluster in Cuxhaven, den Innovationsinkubator in Lüneburg, die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe oder Qualifizierungsprogramme für Beschäftigte, Arbeitslose und Jugendliche.

Bei der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für Europa ist Niedersachsen bundesweit führend. Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Kongresse, Tagungen oder Sprachsnupperkurse – das EIZ ist aktiv daran beteiligt, europäische Themen bekannt zu machen und zu Diskussionen anzuregen.

Im Februar 2010 hat die Landesregierung ihr [Europapolitisches Konzept](#) veröffentlicht. Es soll zu einer vertieften Diskussion europapolitischer Themen beitragen und zeigen, wie groß die Auswirkungen der Politik der Europäischen Union auf Niedersachsen mittlerweile sind.



Die Internationalisierung des Landes wird kontinuierlich ausgebaut. Delegationsreisen der Niedersächsischen Ministerpräsidenten nach Indien, Japan und in die USA sowie zwei Besuche in China haben die bilateralen Beziehungen gestärkt. Die Reisen haben die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und kulturellen Einrichtungen der Länder intensiviert und kleine und mittlere Unternehmen aus Niedersachsen bei ihren Geschäftsanbahnungen im Ausland unterstützt. Im Rahmen dieser Reisen wurden 20 Kooperationsvereinbarungen zwischen niedersächsischen Bildungseinrichtungen und Universitäten mit Partnern in China, Indien, Japan und den USA unterschrieben.

Niedersachsen hat seine Kontakte zu den Niederlanden verstärkt. Die Landesregierung beteiligt sich mit Belgien und Nordrhein-Westfalen an einer Initiative der Niederländischen Zentralregierung für eine [„Gemeinsame Agenda der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“](#). Ziel ist es, Hindernisse auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzubauen.

Herausgeber:
Niedersächsische Staatskanzlei
Planckstraße 2
30169 Hannover

Internet:
www.stk.niedersachsen.de

September 2010

Gestaltung und Produktion:
Werbeagentur image Marketing GmbH
www.i-marketing.de

Die Broschüre darf, wie alle Broschüren der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in Wahlkämpfen verwendet werden.